

## Innovationswettbewerb: Woher kommt meine Ananas?

*Konsumenten interessieren sich immer stärker dafür, woher ihre Produkte kommen und wer diese produziert hat. Durch die Globalisierung und Internationalisierung sind mehr Produkte als jemals zuvor auf dem Markt verfügbar. Gleichzeitig sind die Lieferketten komplexer geworden. Häufig überblicken nur noch Spezialisten die weltweite Vernetzung vom Rohstoffanbau über die Verarbeitung und Fertigung eines Produktes bis hin zum Verkauf. Xtra Pay möchte internationale Lieferketten transparenter machen und eine direkte Verbindung zwischen Produzent und Konsument herstellen. Tatsächlich wären viele Konsumenten bereit, einen höheren Preis für Produkte aus Entwicklungsländern zu zahlen – vorausgesetzt, dieses Geld kommt direkt beim Produzenten an und bleibt nicht in komplizierten Lieferketten oder Zertifizierungssystemen hängen.*

### So funktioniert Xtra Pay

Mit Xtra Pay kann der Käufer dem Produzenten freiwillig einen zusätzlichen Betrag (20 Cent) zahlen. Der Konsument trifft diese Entscheidung direkt im Supermarkt – beispielsweise beim Kauf einer Ananas. Einmal im Monat überweist ein Finanzdienstleister die gesammelten Beträge an die Produzenten.

Die Idee für Xtra Pay stammt aus einem Innovationswettbewerb, den die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH erstmalig Anfang des Jahres unter den Mitarbeitern ausgelobt hat. Von 255 eingereichten Ideen wurden sechs ausgewählt. Davon wurden vier Ideen durch eine Abstimmung unter den Mitarbeitern ausserkoren – rund 5.000 der über 17.000 GIZ-Kollegen beteiligten sich an der Wahl. Ein Expertenpanel bestimmte zwei weitere Ideen. Xtra Pay ist eine davon. Im Dezember wird eine Jury den Gewinner des Wettbewerbs festlegen.

Die Teams hinter den sechs ausgesuchten Ideen durchlaufen derzeit ein sogenanntes Acceleratorprogramm, um das Konzept erfolgreich am Markt zu etablieren. Im Zuge des Programms erhalten sie professionelle Unterstützung durch Coaches und Mentoren. Diese zeigen den Teams, wie sie ihre Produkte mit der Design-Thinking-Methode weiterentwickeln können. Dabei handelt es sich um einen innovativen Ansatz, um Probleme zu lösen und neue Ideen zu entwickeln. Im Fokus dieses Ansatzes steht der Nutzer des Produktes oder der Dienstleistung.

### Supermarkt gesucht

Zuletzt hat das Team von Xtra Pay erfolgreich eine Machbarkeitsstudie durchführen lassen. Sie zeigt, dass es möglich ist, das Geld mit nur geringen Transaktionskosten an die Bauern vor Ort zu überweisen. Im nächsten Schritt sucht das Team nun Supermärkte, mit denen die Idee pilotiert und später erfolgreich umgesetzt werden kann.

Xtra Pay wurde vom EZ-Scout des BGA entwickelt und gemeinsam mit dem EZ-Scout der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels, des Einzelhandelsverband HDE und der Handelskammer Bremen für den Wettbewerb eingereicht. EZ-Scouts sind entwicklungspolitische Experten. Sie sind im Auftrag des BMZ an ausgewählte Kammern, Verbände und Vereine der deutschen Wirtschaft entsandt, um nachhaltiges unternehmerisches Engagement in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern. Sie kennen sowohl die Perspektive der Privatwirtschaft als auch die Instrumente und Ansätze der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit. So fungieren sie als Mittler zwischen diesen Bereichen. Aus dieser Erfahrung heraus hat das Xtra Pay-Team die Idee weiterentwickelt. Jetzt heißt es, Daumen drücken für das Finale im Dezember.

- ① Supermärkte, die Interesse daran haben, die Idee zu testen, dürfen sich gerne an die BGA-Geschäftsstelle, Anna Peter (Tel.: 030 590099-597, E-Mail: [anna.peter@bga.de](mailto:anna.peter@bga.de)), wenden.

[Anna Peter]

## BGA AKTUELL

### Einladung Unternehmerreise nach Albanien und in das Kosovo

Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der neu gewählten Regierungen in Albanien und im Kosovo sowie die privatwirtschaftlichen Perspektiven für Unternehmen aus Deutschland stehen im Mittelpunkt einer Unternehmerreise vom 5. bis 8. November 2017 nach Albanien und in das Kosovo. Die Reise wird organisiert von der Deutsch-Albanischen Wirtschaftsgesellschaft sowie der Deutsch-Kosovarischen Wirtschaftsgesellschaft und wird aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit vom Osteuropaverein der deutschen Wirtschaft (OMV) unterstützt. In Gesprächen mit Repräsentanten der neu gewählten Regierungen sowie der Wirtschaft werden die wirtschaftspolitischen Prioritäten erläutert und unternehmerische Perspektiven aufgezeigt. Die Gespräche beginnen in der albanischen Hauptstadt Tirana und führen von dort nach Pristina, in die Hauptstadt des Kosovos.

**i** An einer Teilnahme Interessierte können sich gerne an Michael Alber, Geschäftsführer der Deutsch-Albanischen Wirtschaftsgesellschaft, unter 030 590099-570, E-Mail: michael.alber@bga.de wenden. Einladung und Rückmeldebogen können angefordert werden

[Michael Alber]

### BGH-Urteil gefährdet Versorgungssicherheit

„Mit der gestrigen Entscheidung des BGH, die Großhandelspreise und damit auch den Festzuschlag von 70 Cent für vollumfänglich rabattierfähig zu erklären, wird § 2 der Arzneimittelpreisverordnung völlig sinnentleert“, so der Vorsitzende des Bundesverbandes des pharmazeutischen Großhandels PHAGRO, Dr. Thomas Trümper. Deshalb spricht er sich dafür aus, dass der Gesetzgeber umgehend klarstellt, dass der Festzuschlag von 70 Cent in der Arzneimittelpreisverordnung nicht rabattierfähig ist.

Mit der Neuordnung der Arzneimittelpreisverordnung hat der Gesetzgeber eine auskömmliche Vergütung für den pharmazeutischen Großhandel zur Erfüllung seines gesetzlichen Sicherstellungsauftrags geregelt. Durch einen Festzuschlag von 70 Cent pro Arzneimittelpackung will der Gesetzgeber erreichen, dass auch niedrigpreisige Arzneimittel kostendeckend distribuiert werden können. So kann der

vollversorgende Großhandel insbesondere bei preisgünstigen Arzneimitteln und ständig wechselnden Rabattverträgen eine flächendeckende und kontinuierliche Versorgung sicherstellen.

Das Urteil öffnet dem Direktvertrieb und einem ungleichen Wettbewerb Tür und Tor. Letztlich trifft diese Entscheidung nicht nur den Großhandel, sondern viele Apotheken, denen ein unfairer Wettbewerb aufgezwungen wird. Dies hat unmittelbaren Einfluss auf die Versorgung in der Fläche. Betroffen ist davon die Hälfte aller Bundesbürger.

Die Gefahr einer unauskömmlichen Tätigkeit des Großhandels und damit eine Gefährdung der Versorgungssicherheit liegen auf der Hand. Dieses Risiko zu minimieren war Ziel der Arzneimittelpreisverordnung und sollte Richtschnur für den Gesetz- und Verordnungsgeber und Anlass für sein schnelles Handeln sein.

**i** PHAGRO-Pressemitteilung (Auszug) vom 06. Oktober 2017

## AUSSENWIRTSCHAFT

### US-Sanktionspolitik verunsichert Wirtschaft

Ende Juli hatten sich das US-Repräsentantenhaus und der US-Senat auf ein Gesetzespaket geeinigt, das eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland, den Iran und Nordkorea vorsieht. Am 2. August hat Präsident Trump das Gesetz, das offiziell den Namen „Countering America's Adversaries Through Sanction Act“ trägt, unterzeichnet. Seither befindet sich die Bundesregierung unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft im Dialog mit den US-amerikanischen Behörden, um die Verunsicherung deutscher Unternehmen in Grenzen zu halten. Guidelines zu dem Gesetzespaket, die in den nächsten Wochen veröffentlicht werden, sollen dabei Abhilfe schaffen. Nichtsdestotrotz bleiben wohl einige Fragen vorerst offen, so z.B. die nach dem Altvertragsschutz oder welches Ausmaß die Sekundärsanktionen, die Anwendung auf Nicht-US-Personen und Aktivitäten außerhalb der USA finden, annehmen. Zu diesem Thema sowie zum möglichen Ausstieg der USA aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran bleibt der BGA weiter im Austausch mit der Bundesregierung und wird seine Mitglieder über den jeweils aktuellen Stand informieren.

[Andrea Hideg]

## Importpreise im August 2017: + 2,1 % gegenüber August 2016

Die Einfuhrpreise waren im August 2017 um 2,1 % höher als im August 2016. Im Juli 2017 hatte die Jahresveränderungsrate + 1,9 % betragen, im Juni 2017 + 2,5 %. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, veränderten sich die Importpreise im August 2017 gegenüber Juli 2017 nicht.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 26. September 2017

## KONJUNKTUR

### Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe ziehen wieder an

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im August gegenüber dem Vormonat um 3,6 Prozent gestiegen, wobei der Anteil von Großaufträgen unterdurchschnittlich blieb. Insbesondere die Produzenten von Vorleistungs- und Konsumgütern erhielten deutlich mehr Aufträge (+6,7 Prozent bzw. +4,8 Prozent) und bei den Investitionsgüterproduzenten gingen 1,6 Prozent mehr Bestellungen ein. Im Vormonat sind die Auftragseingänge noch leicht gesunken. Der Trend der Bestellungen bleibt damit – wie vom BGA erwartet – aufwärtsgerichtet. Die Bestelltätigkeit hat sich zuletzt von hohem Niveau aus nochmals erhöht. Das weiterhin gute Geschäftsklima in der Industrie und die günstige Umsatzentwicklung bestätigen dieses positive Bild. Der solide Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte sich demnach fortsetzen, so das BMWi in seiner Bewertung.

[Michael Alber]

### Deutsche Wirtschaft wächst kräftig weiter

Die deutsche Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2017 beschleunigt gewachsen. Dies ist zusammenfassend die Bewertung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland im September 2017. Die rechnerisch größeren Impulse kamen von binnenwirtschaftlicher Seite. Das Wachstum im Produzierenden Gewerbe bleibt in der Tendenz aufwärtsgerichtet, auch wenn es im Juni und Juli an Dynamik einbüßte. Das Geschäftsklima in der Wirtschaft ist weiterhin sehr zuversichtlich. Die Verbraucherpreise haben sich vor dem Hintergrund stabiler Energiepreise normalisiert. Die Kaufkraft der

Verbraucher blieb dennoch hoch. Die Grundtendenzen am Arbeitsmarkt sind weiterhin positiv. Dank kräftiger Nachfrage ist die Dynamik beim Beschäftigungsaufbau hoch. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind in der Tendenz rückläufig.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft setzt sich im zweiten Halbjahr fort, so die Erwartung des BMWi. Vermutlich wird die Dynamik aber etwas geringer ausfallen. Die Stimmung in der Wirtschaft ist weiterhin sehr zuversichtlich. Der Beschäftigungsaufbau könnte aber etwas ruhiger verlaufen.

Die deutsche Wirtschaft bleibt dynamisch und aufwärtsgerichtet. Der BGA teilt die Einschätzung des BMWi, dass sich die zweite Jahreshälfte robust entwickeln dürfte. Die Abschwächung einzelner Indikatoren signalisiert jedoch, dass die weiterhin erfreuliche Lage in Deutschland kein Selbstläufer ist. Auch hierzulande muss das Augenmerk politisch darauf liegen, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Dem BMWi ist zuzustimmen, wenn es moniert, dass strukturelle Mängel aufgearbeitet werden müssen. Dies gilt jedoch nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch beispielsweise in der Verkehrsinfrastruktur und im Wohnungsbau.

[Michael Alber]

## VERKEHR

### Hannover wird Modellprojekt für „Urbane Logistik“

Gemeinsam mit Volkswagen Nutzfahrzeuge, DHL, den Universitäten und den Stadtwerken will die Stadt Hannover zum Modell für nachhaltige Logistik werden. Das Ziel sei es, die Citylogistik sauber, leise und effektiv zu gestalten. Unter anderem sollen elektrische Lieferfahrzeuge getestet werden. Nach Ansicht der Initiatoren könnten Vernetzung und „smarte Mobilitätslösungen“ den Liefer- und Logistikverkehr effizienter und ressourcenschonender gestalten. Eine große Rolle sollen dabei auch digitale Kommunikations- und Steuerungstechniken spielen, um bedarfsgerechte Transporte zu organisieren und Leerfahrten zu vermeiden. Darin liege auch die Chance, wertvolle Verkehrsdaten zu sammeln, auf deren Grundlage sich neue Geschäftsmodelle entwickeln lassen könnten. Derzeit gibt es noch keine praxistauglichen Lösungen für einen ganzen Stadtteil oder gar eine Großstadt.

Passende Lösungsansätze will die Projektinitiative entwickeln und erproben.

[Meike Tilsner]

### Treffen der europäischer Verkehrsminister: Fokus auf Steigerung der Konnektivität

Kürzlich trafen sich die EU-Verkehrsminister im Rahmen eines ersten von drei informellen Treffen unter der Schirmherrschaft der estnischen Ratspräsidentschaft. Ziel der Treffen ist es, Themen wie die europäische Energieunion und die Entwicklungsmöglichkeiten für einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum im Haushalt nach 2020 zu beraten. Insbesondere sollen politische Maßnahmen einschließlich innovativer Finanzierungslösungen erarbeitet werden, um die Finanzierung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) langfristig zu verbessern. Im Rahmen des Treffens war auch die Verbesserung der Luftanbindungen Gegenstand der Debatten. Hierzu wurde der Luftkonnektivitätsindex der Europäischen Kommission vorgestellt, um die Trends in der Konnektivität besser zu überwachen und Konnektivitätslücken zu identifizieren.

[Meike Tilsner]

### Österreich kündigt Klage gegen deutsche Pkw-Maut an

Im Streit um die deutsche Maut will Österreich nun über eine mögliche Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) entscheiden. Aus Sicht der Regierung in Wien ist die deutsche Ausgestaltung der Pkw-Maut ausländerfeindlich und somit nicht vereinbar mit europäischem Recht. Zunächst möchte Österreich aber das Stellungnahmeverfahren der EU abwarten. Eine etwaige Klage hätte keine aufschiebende Wirkung für die für 2019 geplante Einführung der Maut, das heißt, dass trotz eines Klageverfahrens die Maut eingeführt werden kann. Eine sofortige Einstellung der Mautpflicht müsste eigens beantragt und vor Gericht bewilligt werden. Die Niederlande erwägen, sich einer Klage Österreichs anzuschließen, hierzu wird ein Entschluss Ende Oktober 2017 erwartet. Mittlerweile hat die EU-Kommission auch eigene Pläne für eine einheitliche europäische Maut vorgestellt. Bis 2023 soll demnach eine streckenbasierte Maut für Lkw eingeführt werden, wie es sie in Deutschland schon gibt. Bis zum Jahr 2027 soll dann eine Maut für alle

Kraftfahrzeuge folgen. Somit könnte in Deutschland schon kurz nach einem technisch wie finanziell aufwendigen Start einer Pkw-Maut ein Systemwechsel drohen.

[Meike Tilsner]

### Zitat der Woche

**»Die den Herstellern entstehenden Kosten sind bilanzrechtlich Betriebsausgaben der Unternehmen.«**

Rainer Baake, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, im Zusammenhang mit dem Dieselskandal

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 20. Oktober 2017  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich